

Gewerkschaft liche Monatshefte 4'75

Heinz O. Vetter

Gewerkschaftspolitik in schwieriger Zeit

Der Deutsche Gewerkschaftsbund bereitet seinen nächsten Bundeskongreß im Mai 1975 in Hamburg vor. Das ist Anlaß zurückzuschauen und Bilanz zu ziehen; zugleich müssen wir uns auf neue Aufgaben vorbereiten und die Stellung der Gewerkschaften im Gesamtfeld von Politik und Gesellschaft überdenken. Grundsatz- und Aktionsprogramm geben zwar die allgemeine Richtung an, ihre Konkretisierung muß aber die gewandelte Situation berücksichtigen, wobei ich mich hier auf einige zentrale Schwerpunkte und Zusammenhänge beschränke.

I.

Ich habe schon auf dem letzten Kongreß auf die Konsequenzen eines blinden, die gesellschaftlichen Bedürfnisse nicht berücksichtigenden, ungesteuerten Wachstums hingewiesen. Ein großer Teil der Anträge und Konzepte, die wir 1972 beraten und verabschiedet haben, war gerade an solche Kriterien geknüpft, die das Wachstum an qualitative Gesichtspunkte binden und es mit gesellschaftspolitischen Vorstellungen verknüpfen. Ich erinnere in diesem Zusammenhang an das Programm des DGB für Arbeitnehmerinnen, an unsere Konzeption zur Steuerreform, an die bildungspolitischen Vorstellungen sowie an die Forderungen des DGB zur beruflichen Bildung, an das gesundheitspolitische Programm des DGB, unsere Vorschläge zur gesamtwirtschaftlichen Mitbestimmung, schließlich an die Ziele und Funktionen der gemeinwirtschaftlichen Unternehmen, das DGB-Programm für ausländische Arbeitnehmer und an die Leitsätze des Deutschen Ge-

werkschaftsbundes zum Umweltschutz. Die Mitbestimmung als Forderung Nummer 1 war nicht umstritten, und unsere Vorstellungen zur Einbindung des privatwirtschaftlichen Gewinnstrebens in mehr gesamtgesellschaftliche Verantwortung von der Novellierung des Kartellgesetzes bis hin zur öffentlichen Kontrolle wirtschaftlicher Macht sind zum Teil schon im Grundsatzprogramm verankert. Ich zähle diese Beispiele hier nur auf, um zu zeigen, daß wir einerseits seit langem vor einer bloßen Wachstumseuphorie gewarnt haben, ohne daß wir andererseits der Ideologie des Nullwachstums gefolgt wären. Wir haben unsere Vorstellungen dabei nie als „Glaubenssätze“ verfochten, sondern stets an den Interessen der Arbeitnehmer orientierte konkrete Vorschläge für strukturverändernde Maßnahmen unterbreitet.

II.

Seit dem letzten Bundeskongreß hat sich die politische und wirtschaftliche Situation in der Bundesrepublik in einer Form verändert, wie es wohl niemand vorhersehen konnte. Im politischen Bereich hat die sozialliberale Koalition ihre Reformpolitik mit dem Schwung begonnen, wie er nach langen Jahren der Stagnation erwartet wurde; anders wäre auch die massive Zustimmung zu dieser Politik bei den Bundestagswahlen nicht denkbar gewesen. Aus welchen Gründen auch immer der hochgespannte Erwartungshorizont nicht durchgehalten wurde: politischer Art durch die Profilierungsbemühungen der FDP, planerischer Art durch die Unmöglichkeit, einen mit Vollzugsaufgaben befaßten und strukturierten Verwaltungsapparat schnell auf vorausschauende Reformpolitik umzustellen und nicht zuletzt finanzieller bzw. fiskalischer Art, da durch die weltweiten Rezessionserscheinungen der Ausbau der Infrastruktur durch die begrenzten öffentlichen Mittel auf sehr enge Grenzen gestoßen ist — das Zusammenwirken dieser Fakten, die sich z. T. gegenseitig verschärfen und durch die sogenannte Energiekrise zeitlich zusammengedrängt wurden, hat die Situation der Bundesrepublik verändert.

Wir sehen uns als Gewerkschafter in unserem Kurs bestätigt: Ohne die Notwendigkeit genereller Anreize zu bestreiten, erfordert eine grundlegenden Bedürfnissen der Arbeitnehmer gerecht werdende Politik strukturelle Maßnahmen. Die „Energiekrise“ hat die Macht der multinationalen Konzerne und die Abhängigkeit der nationalen Regierungen drastisch gezeigt. Die in weiten Bereichen unkontrollierte unternehmerische Macht ist am Fall Gerling deutlich geworden. Daß die Kontrolle einer solchen Macht nicht nur ein Märchen der Gewerkschaften ist, haben Tausende kleiner Sparer am eigenen Leibe spüren müssen. Die Transaktionen der Flicks und der Quandts haben in einer breiten Öffentlichkeit das Bewußtsein geschärft, daß große Unternehmenskomplexe, die tief in das Leben ganzer Regionen eingreifen, nicht den Launen von Familienclans ausgesetzt werden können.

Nicht zuletzt in der beruflichen Bildung haben die Unternehmerverbände in lehrbuchhafter Form unterstrichen, daß es ihnen um Macht und Gewinn geht. Sie haben aufgrund *ihrer* Entscheidungen die Zahl der Lehrstellen verringert, dies als Ergebnis der Politik der Regierung hingestellt und in einem Brief an den Bundeskanzler eine Ausweitung der Lehrstellen angeboten, wenn sie zusätzliche Mittel erhalten, und wenn die Regierung von solchen Formen abläßt, die die unternehmerischen Vorrechte berühren. Sie würden also auf Kosten finanzieller Belastungen (die dann auf die Preise abgewälzt werden würden) ihr „Recht“ bewahren wollen, daß Art und Umfang der Ausbildung in der Entscheidung kapitalorientierter Interessen verbleiben.

Diese Demonstrationen wirtschaftlicher Macht fallen in eine Zeit wirtschaftlicher Krisen, in der die Unternehmer glauben, ihre Ansprüche auf Vorherrschaft wieder stärker ins politische Spiel bringen zu können. Die Gewerkschaften haben jedoch auf Grund ihrer Stärke ein Abrutschen des Lebensstandards verhindert oder je nach Branche noch Verbesserungen erreicht. Wir anerkennen die Maßnahmen der Bundesregierung, das Netz sozialer Sicherung so eng zu spannen, daß nach Möglichkeit niemand materielle Not erleidet. Wir begrüßen die Ansätze zur Wirtschaftsbelebung und zur Humanisierung des Arbeitslebens. Die Regierungskoalition aber hat jene zentralen Elemente der Strukturen nicht beeinflussen können, die den Arbeitnehmer zum Objekt machen, und die uns überdeutlich gezeigt haben, wo viele der eigentlichen Entscheidungen fallen: die Mitbestimmungsfrage ist noch ungelöst, die Reform der beruflichen Bildung ist bisher nur unvollkommen in Angriff genommen worden, von Maßnahmen zur Beeinflussung der Wirtschaftsstrukturen ganz zu schweigen, soweit sie nicht auf eine Sozialisierung von Verlusten hinauslaufen.

Schauen wir deshalb von Kongreß zu Kongreß, so müssen wir in unserer Zwischenbilanz feststellen, daß wir in den wechselnden Situationen unsere Möglichkeiten zur Sicherung der Arbeitnehmer zwar ausgeschöpft, aber deutlich die Grenzen gespürt haben, allein durch gesetzliche Regelungen bis zu den Ursachen vorzustoßen, die die unveränderten Lebensgrundlagen der Arbeitnehmer bestimmen.

III.

Die Unternehmer und ihre Organisationen haben erneut gezeigt und praktiziert, daß sie mit der Entscheidung über die Investitionen jeder ihre Rechte beschneidenden Reformpolitik Grenzen ziehen können, wobei zudem noch die Verantwortung für solche die Vollbeschäftigung gefährdenden Maßnahmen der Regierung zugeschoben wird. Auch die Preise steigen durch die Überwälzungsmöglichkeiten eines oft nur auf dem Papier stehenden Wettbewerbs weiter, so daß die Arbeitnehmer das Risiko für die strukturellen Anpassungen und die konjunkturellen Schwierigkeiten in einer doppelten Weise tragen, nämlich durch enge Möglichkeiten der Lohnpolitik einerseits und Stagnation oder gar Rückgang

der Verbesserung der gesellschaftlichen Infrastruktur von den Bildungsausgaben bis zur Gesundheitspolitik andererseits.

Alle strukturellen Reformen, wie die gleichberechtigte Mitbestimmung oder die Reform der beruflichen Bildung, werden unter dem Schlagwort vom „Gewerkschaftsstaat“ bekämpft. Es wird das Bild machthungriger Funktionäre beschworen, die — losgelöst von den Interessen ihrer Mitglieder — die Machtübernahme in Staat und Gesellschaft plant. So grotesk dieser Vorwurf angesichts der Tatsachen auch ist, er zeigt, daß jedes Mittel recht ist, wenn es gilt, die Reformpolitik zu blockieren. Da wird eine „Verfälschung“ zwischen Parteien bzw. Regierung und Gewerkschaften behauptet, obwohl wir die für uns zentralen Reformen nicht durchsetzen können; da wird unterstellt, daß das Gleichgewicht zwischen den Tarifvertragsparteien zugunsten der Gewerkschaften verschoben würde, obwohl die Möglichkeiten der Unternehmer und ihrer Privilegien selten deutlicher demonstriert wurden, da wird die Gewerkschaftsführung als undemokratisch hingestellt, obwohl gerade die Gewerkschaften die Demokratie mit erkämpft haben und sie heute verteidigen, was man von unseren Gegenspielern nicht behaupten kann.

Der Kern der unternehmerischen Argumentation läuft immer wieder darauf hinaus, daß die Gewerkschaften nicht nur das wirtschaftliche Gleichgewicht, sondern vielmehr die politischen Freiheiten bedrohen. So sollen wir im Gegensatz zu allen geschichtlichen Erfahrungen in die Rolle derjenigen gedrängt werden, die Grundgesetz, Freiheit und Demokratie gefährden. Aber wir lassen uns von dieser schon in der Weimarer Zeit geübten Taktik nicht irremachen, die Verfassung bzw. das Grundgesetz in ein Unternehmerstatut umzufälschen. Wir werden die untrennbare Einheit der demokratischen, politisch-freiheitlichen und sozialen Prinzipien unserer Verfassung behaupten*). Dies wird uns jedoch nur gelingen, wenn wir in aller Öffentlichkeit solidarisch und aktiv unsere Interessen vertreten.

IV.

Das Problem der zukünftigen Gewerkschaftspolitik wird darin liegen, die Lebenslage der Arbeitnehmer zu schützen und zu verbessern und zugleich einen gesellschaftlichen Wandel herbeizuführen, der die Bundesrepublik auch in stürmischen Zeiten lebensfähig hält. Es gibt dazu kein Patentrezept, aber insgesamt müssen wir dabei zwei zentrale Gesichtspunkte berücksichtigen:

Einerseits gilt nach wie vor, daß in unserer Wirtschaft mit der überwiegenden Bindung an das Privateigentum von Produktionsmitteln die Investitionen, das Wachstum und damit auch die Vollbeschäftigung von den Gewinnerwartungen der Kapitaleigner abhängig sind, und daß diese durch Nicht-Investition die Vollbeschäftigung gefährden können. Deshalb ist jede Konjunkturankegelung auch

*) Vgl. meinen Beitrag „Gewerkschaften im Visier der Reaktion“ in dieser Zeitschrift 10 74.

mit einer Verbesserung der Gewinne verbunden. Wir sehen die Realitäten unserer wirtschaftlichen Lage, aber wir halten es für unerträglich, wenn die abhängig Beschäftigten, die den größten Teil unseres Wohlstandes erarbeiten, der Puffer sind, auf den bei jeder Krisensituation die Risiken zuerst abgewälzt werden, wobei die Jugendlichen, die Frauen, die Ungelernten und die Ausländer, also unsere „Problemgruppen“, besonderen Belastungen ausgesetzt sind. Unsere Mitglieder wissen sehr wohl, daß man nicht gleichzeitig maximale Einkommenszuwächse, einen nachhaltigen Ausbau der Infrastruktur und eine langfristig sichere Lebensperspektive haben kann; aber das, was sie in Jahrzehnten solidarisch durch ihre Gewerkschaften erkämpft haben, lassen sie sich nicht nehmen. Diese Grundrechte auf Arbeit, auf Einkommen, auf eine menschenwürdige Umwelt (auch in den Betrieben), auf Gesundheit oder auf Bildung und Ausbildung müssen dem konjunkturellen Auf und Ab entzogen werden. Zu solchen Teilbereichen, die jeden im Kern seiner Existenz berühren, haben wir, wenn auch in unterschiedlicher Ausprägung, auf den letzten Kongressen konkrete Konzepte entwickelt bzw. stellen sie auf diesem Kongreß zur Diskussion.

Durch solche Mindestbedingungen schreiben wir keiner Regierung ein Programm vor; aber wir machen deutlich, welches die Untergrenzen sind oder gegen welche Kriterien keine Art der Politik verstoßen darf. Erst damit schaffen wir jenes Minimum an sozialer Stabilität, das formale Freiheit zur inhaltlichen Gleichheit macht. Dieses Gefüge von Bedingungen ist nicht statisch und unveränderlich. Oft muß es der jeweiligen Situation angepaßt werden, anstatt diese zu bestimmen. So müssen wir jetzt vor allem klarmachen, daß Arbeitslosigkeit kein Mittel der Politik sein kann, und daß die Bildung und Ausbildung, von der wir alle wissen, daß sie mehr als jeder andere Einzelfaktor das spätere Leben bestimmen, nicht zum Spielball von Gewinninteressen gemacht werden dürfen. Dabei geht es nicht um ideologische Sandkastenspiele, sondern um die Grundlagen einer menschenwürdigen Existenz — und hier wissen wir unsere Kollegen hinter uns, weil dies die Probleme ihres Alltages sind, die ihnen niemand übersetzen muß.

Solche Vorstellungen, die sich sowohl im Grundsatzprogramm von 1963, um ein aktuelleres Beispiel zu wählen, im beschäftigungspolitischen Programm des DGB von Ende 1974 wiederfinden, bedeuten eine Verbreiterung der Infrastruktur, eine Verstetigung der Massenkaukraft, eine Stärkung des gemeinwirtschaftlichen Denkens, aber sie schließen eigenverantwortliches unternehmerisches Verhalten nicht aus, im Gegenteil, sie können und werden seine Entfaltung begünstigen.

Daraus wird deutlich, daß selbst die Durchsetzung von Mindestbedingungen inhaltlicher Art ausschließlich kapitalorientierte Strukturen nicht unberührt läßt oder unberührt lassen kann. Die Probleme der Zukunft sind damit allein jedoch noch nicht bewältigt, und dies betrifft den zweiten wichtigen Gesichtspunkt. Auch hierfür haben wir kein dogmatisches Konzept, aber einige unverzichtbare Weichen-

Stellungen, über die im Deutschen Gewerkschaftsbund weitgehende Übereinstimmung herrscht.

Ich nenne an erster Stelle die Sicherung der gewerkschaftlichen Autonomie, die Mitbestimmung und die Schaffung neuer Strukturen der beruflichen Bildung, sowie neue Formen für die Transparenz und die Beeinflussung von Investitionen. Wie sich auch immer die langfristige Entwicklung vollziehen mag — und die Erfahrungen mit Prognosen der letzten Jahre haben die Grenzen der Expertenweisheit deutlich aufgezeigt —, eine sozial stabile Entwicklung wird sich nur dann einstellen, wenn in den Planungs- und Entscheidungsgremien im vorparlamentarischen Raum die Interessen der Arbeitnehmer durch diese selbst oder ihre demokratisch legitimierten Gewerkschaften institutionell und gleichberechtigt geltend gemacht werden können. Von daher ergibt sich die zentrale Bedeutung der Mitbestimmung, die nach wie vor im Mittelpunkt unserer Forderungen steht und deren Einführung mir heute wichtiger denn je scheint.

Von den angeführten Forderungen ist die Frage der Beeinflußbarkeit von Investitionen in den letzten Jahren nicht zufällig auch in den Gewerkschaften besonders lebhaft diskutiert worden, weil sie sich früher nicht mit der brennenden Notwendigkeit wie heute gestellt hat. Wir haben uns noch keine abschließende Meinung gebildet. Sicher ist jedoch, daß die Instrumente zur Information und Analyse zu verbessern sind, um Grundlagen für eine bessere Transparenz zu schaffen. Auf dieser Grundlage müssen dann die Probleme der Beeinflußbarkeit diskutiert werden, die, je nach Branche, Region und Problemdruck, unterschiedlich sein können, ja sein müssen. Ich persönlich habe nie einen Hehl daraus gemacht, daß zum Beispiel die Banken ihr System bereinigen und die Energieversorgung letztlich unter öffentliche Kontrolle gebracht werden müssen, weil es sich um Schlüsselsektoren handelt, die für jede Art wirtschaftlicher Betätigung von zentraler Bedeutung sind.

V.

Wie können wir unsere inhaltlichen Mindestvorstellungen und unsere Beteiligung an den künftigen Gestaltungsaufgaben durchsetzen? Dies betrifft das Verhältnis der Gewerkschaften zu den Unternehmern und deren Verbänden, also die Tarifautonomie, und unsere Beziehungen zu Parteien und Regierungen. Zwar sind die Traditionen der Arbeiterbewegung nicht vergessen, die unser Verhältnis zur Sozialdemokratischen Partei erklären; aber die SPD hat sich zur Volkspartei entwickelt und mußte es wohl auch, um regierungsfähig zu werden. Die FDP als Koalitionspartei profiliert sich auf Kosten der Gewerkschaften, und der Arbeitnehmerflügel der CDU/CSU mag sich wacker schlagen, stellt aber in der Gesamtpartei eine eindeutige Minderheit dar.

Elementare Forderungen der Gewerkschaften nach Mitbestimmung oder beruflicher Bildung werden, soweit sie sich an den Gesetzgeber oder an die

Regierung richten, nach den Koalitionszwängen und nicht nach gewerkschaftlichen Zielsetzungen entschieden. Ich sage das ohne Vorwurf, denn die Parteien wollen Wahlen gewinnen. Die Gewerkschaften aber müssen in erster Linie die Interessen ihrer Mitglieder vertreten. Das müssen sowohl Parteien wie Gewerkschaften in der notwendigen Konsequenz sehen und die gegenseitige Unabhängigkeit anerkennen. Eine Regierung kann die Gewerkschaften nicht auf ihre Vorstellungen „einschwören“; jedenfalls dann nicht, wenn wir von unseren Zielsetzungen nur noch wenig in ihren Konzepten wiederfinden; und die Gewerkschaften können die sozialliberale Koalition nicht in Grund und Boden verdammen, weil sie das Konzept der qualifizierten Mitbestimmung in der DGB-Form nicht übernimmt. Wir haben auf beiden Seiten Lernprozesse mitgemacht.

Dabei will ich keine Mißverständnisse aufkommen lassen: Wir wissen sehr wohl, daß diese Koalition mehr für die Arbeitnehmer getan hat als alle vorausgehenden Regierungen in einer vergleichbaren Zeitspanne. Aber wir sagen gleichzeitig, daß bestimmte Projekte dieser Regierungskoalition mit gewerkschaftlichen Grundvorstellungen nicht vereinbar sind.

Von daher bekommt die Frage nach der Autonomie der Gewerkschaften einen neuen Stellenwert. Wir waren in den letzten Jahren vor allem in den Bereichen erfolgreich, in denen wir unsere Mitglieder mobilisieren konnten und wo jedermann wußte, daß sie geschlossen hinter uns stehen. Am deutlichsten ist das vielleicht bei der Humanisierung der Arbeitswelt geworden, wo in erster Linie der von der IG Metall durch Streik erreichte Tarifvertrag in Nordbaden/Nordwürttemberg zusammen mit unserer DGB-Tagung zur Humanisierung der Arbeit als gesellschaftspolitischer Forderung das Tor zur qualitativen Veränderung aufgestoßen hat.

Auf solche Möglichkeiten zu autonomer Aktion müssen wir uns in Zukunft stärker besinnen, denn dort, wo wir an die elementaren Lebensinteressen unserer Mitglieder anknüpfen, haben wir reale Durchsetzungsmöglichkeiten. Die Vereinbarung eines besseren Kündigungsschutzes für ältere Arbeitnehmer, die verschiedenen Ansätze für einen Bildungsurlaub, der Versuch, die unterste Lohngruppe bei Frauen abzuschaffen oder die Vereinbarung der Mitbestimmung in öffentlichen Unternehmen sind weitere Beispiele für die Verbindung tarifvertraglicher Aktionen mit gesellschaftspolitischen Zielsetzungen. Dabei haben die Tarifverträge häufig auf erfolgreich praktizierten Betriebsvereinbarungen aufgebaut, und die tarifvertraglichen Regelungen sind teilweise Vorreiter für gesetzliche Lösungen gewesen.

Solche Wege müssen wir weiter beschreiten. Selbst wenn wir die Konfrontation mit einer Regierung oder den Unternehmern nicht suchen, werden unsere Forderungen nur das wert sein, was wir gegebenenfalls zu ihrer Durchsetzung anbieten können. Und die weltwirtschaftliche Lage, die Konzentration des Kapitals und die steigende Macht der „Multis“ deuten darauf hin, daß wir uns

in Zukunft auf eine schärfere Gangart in der gesellschaftspolitischen Auseinandersetzung zumindest vorbereiten müssen.

Das gilt nicht nur für die Aktionsfelder der Tarifpolitik. Wir müssen uns ebenso gegen die offene oder schleichende Einschränkung der gewerkschaftlichen Autonomie durch die Gesetzgebung oder die Rechtsprechung des Bundesarbeitsgerichts zur Wehr setzen. Es ist zwischen den Kongressen nicht gelungen, die Schlagkraft der Einzelgewerkschaften in der Bewältigung von übergreifenden Problemen durch Zusammenschlüsse etwa im Sinne einer Mediengewerkschaft oder einer Gewerkschaft des privaten Dienstleistungsbereichs voranzutreiben. Doch mit Befriedigung stellen wir an der Entwicklung der Mitgliederzahlen fest, daß der Gedanke der Einheitsgewerkschaft fest verankert ist.

VI.

Die Ereignisse der letzten Zeit haben gezeigt, daß die Demokratie in der Bundesrepublik, immer wieder von neuem gegen rechte und linke Extremisten geschützt werden muß. Dies wird uns auf lange Sicht nur gelingen, wenn die Demokratie — unser altes Ziel — nicht nur Staatsform, sondern wenn sie zugleich Lebensform ist, die sich konkret in allen Bereichen bewährt. In diesem Sinne sind lebendige Gewerkschaften ein Bestandteil lebendiger Demokratie, und in diesem Sinne brauchen wir möglichst viel Mitbestimmung auf allen Ebenen von Wirtschaft und Gesellschaft.

Die Grundlage und der Grundanspruch gewerkschaftlicher Politik bedeuten die kompromißlose Ablehnung der Gewalt in der Politik überhaupt. Aber zugleich dürfen wir die ganz außerordentliche Gefahr nicht übersehen, die durch das seltsame Zusammenwirken „linker und rechter politischer Extremisten“ für die Gewerkschaften entstehen. Diese Entwicklung, die schon kennzeichnend für den Untergang der Weimarer Republik war, muß unsere höchste Wachsamkeit und unseren uneingeschränkten Widerstand finden.

Wir sollten uns daran erinnern, daß wir in diesen Tagen den 100. Geburtstag von *Hans Böckler* begangen haben. So wie er ein vorbildliches Leben für die Gewerkschaften gelebt hat, so lehrt uns der Blick in die Vergangenheit, wie nur durch größte Solidarität und härteste Anstrengungen Fortschritte in Richtung auf ein menschenwürdiges Leben möglich waren — auf die Errungenschaften materieller Sicherung und freiheitlicher Entfaltung hin, die heute vielen so selbstverständlich erscheinen. Wenn wir auf das Lebenswerk Böcklers zurückschauen und die heutigen Probleme mustern, dann finden wir, daß die alte Tugend der Solidarität so aktuell ist wie je und nichts von ihrer Notwendigkeit eingebüßt hat. Sie ist die unabdingbare Voraussetzung zur Bewältigung der neuen großen Aufgaben, vor denen die Gewerkschaften in unserer Zeit stehen und zu deren Lösung der bevorstehende DGB-Bundeskongreß richtungweisende Beschlüsse zu fassen hat.